



T-MOBILE US

Foto: CWA/www.annieoneillphotography.com

Bundestagspetition auf den Weg gebracht

Die Situation bei der amerikanischen Telekom-Beteiligungsgesellschaft T-Mobile US macht es erforderlich, zu weiteren Mitteln zu greifen.

Zur Erinnerung: Seit vielen Jahren versucht die amerikanische Schwestergewerkschaft von ver.di, die Communications Workers of America (CWA), gewerkschaftliche Anerkennung bei dem Unternehmen zu erreichen. Das amerikanische Management unterbindet dies, geduldet von der deutschen Konzernführung, mit allen Mitteln. Mehr dazu im Heft dieser Sonderausgabe der KOMM. Die Telekom besitzt 64 Prozent der Anteile an dem amerikanischen Mobilfunkunternehmen.

Bundesregierung in der Verantwortung

Die Bundesrepublik Deutschland hält wiederum rund 31 Prozent der Anteile an der Telekom direkt durch das Bundesministerium der Finanzen und indirekt durch die staats-eigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Deshalb fordert die Petition die Bundesregierung auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und allen Einfluss, den sie als Mehrheitseigentümer der Telekom hat, zu nutzen, um dem schändlichen Treiben ein Ende zu bereiten.

Online-Petition eingereicht

Die Petition wurde unter dem Titel: „Petition für die Wahrung von Arbeitnehmerrechten an Standorten von Unternehmen und Un-

ternehmensbeteiligungen der Deutschen Telekom im Ausland“ eingereicht und fordert, „der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass das Finanzministerium in Wahrnehmung der Rechte des Anteilseigners die Aufgabe übertragen bekommt, die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten bei T-Mobile US zu kontrollieren und darauf hinzuwirken, dass das Unternehmen Deutsche Telekom AG (DTAG) an allen seinen Standorten die ILO-Standards umsetzt und Arbeitnehmer/-innen nicht darin behindert, sich gewerkschaftlich zu organisieren und ihre Rechte auszuüben.“

Frank Bsirske, der Vorsitzende von ver.di, hat die Petition unter seinem Namen für ver.di eingereicht. Die Petition braucht 50 000 Unterstützer, damit es zu einer öffentlichen Anhörung kommt.

Seit einiger Zeit werden für die Petition bereits Unterschriften gesammelt, die mit den Online-Unterstützungen zusammengezählt werden. Sie ist ab 15. Juli für vier Wochen online auf dem Bundestagsportal für Petitionen veröffentlicht und für die Mitzeichnung freigegeben:

➤ www.TelekomPetition.de

Brief an Bundeskanzlerin Merkel

Um dem Ganzen noch mehr Nachdruck zu verleihen, wurde von Frank Bsirske die Bundeskanzlerin in einem persönlichen Schreiben mit den beklagten Zuständen bei der T-Mobile US konfrontiert und er fordert

sie auf, „ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, dass die beklagten Zustände in dieser großen US-Beteiligung des Bundesunternehmens Deutsche Telekom AG unverzüglich abgestellt werden“.

Weitere Informationen und Hintergründe zu der Lage des US-Mobilfunkunternehmens, das ca. 46 000 Beschäftigte hat und zu den weltweit erhobenen Vorwürfen, in den anderen Artikeln dieser KOMM EXTRA.

Ado Wilhelm

Link zur Online-Petition:

➤ www.weexpectbetter.org

Inhalt

Kurzinterviews

Larry Cohen und Lothar Schröder Seite 2

CWA/ver.di

TU-Union: Gemeinsam zum Ziel Seite 3

T-Mobile

Die Opfer der Gewerkschaftszerschlagung Seite 4

Petition

Behinderung von Gewerkschaften stoppen Seite 5

Die Geschichte

Seite 6

NEWS

Seite 7

Das Interview

Frank Bsirske: „Das muss Konsequenzen haben“ Seite 8

Larry Cohen, CWA-Präsident (2005-2015)



Foto: cwa

► Warum ist es so schwer, die Beschäftigten bei der T-Mobile US zu organisieren?

Die Arbeitgeber bekämpfen Gewerkschaften aufs Schärfste. In den USA gibt es keinen sozialen Vertrag mehr, der die Grundlage dafür bildet, dass Arbeitnehmerrechte respektiert werden und Beschäftigte eine Stimme im Betrieb haben. Nur sechs Prozent aller privat Beschäftigten haben eine ge-

werkschaftliche Interessenvertretung. In den USA erfordert das Gesetz ein zweistufiges Verfahren: Erstens müssen 30 Prozent aller Beschäftigten in einem Betrieb eine Karte unterzeichnen, mit der sie ihre Unterstützung für die Gewerkschaft kenntlich machen. Zweitens muss die Mehrheit ihre Unterstützung für die Gewerkschaft demonstrieren, damit diese anerkannt wird – entweder dadurch, dass mehr als 50 Prozent eine Zustimmungskarte unterzeichnen oder durch eine Anerkennungswahl, die von einer Regierungsbehörde durchgeführt wird. Bei AT&T reicht es, wenn mehr als 50 Prozent ihre Zustimmung signalisieren, dann erkennt AT&T die Gewerkschaft an. T-Mobile hingegen besteht auf einer Anerkennungswahl und nutzt die langen Wartezeiten, um Druck auf die Beschäftigten auszuüben.

► Was kann die TU bewirken?

TU, die Kooperation zwischen ver.di und der CWA, hat den T-Mobile-Beschäftigten deutlich gemacht, dass Beschäftigte ihre Arbeitsbedingungen verbessern können, wenn sie eine Stimme im Betrieb haben. Erst kürzlich haben TU-Mitglieder sich für mehr Flexibilität in ihrem Schichtsystem ausgesprochen, vor allem, wenn es darum geht, freie Tage zu beantragen. Kurz darauf hat T-Mobile eine neue Regelung eingeführt, die die Gewährung vereinfacht.

► Warum ist die Zusammenarbeit mit ver.di so wichtig?

Die Zusammenarbeit zwischen CWA und ver.di ist das beste Beispiel für internationale Solidarität. Als Lothar Schröder und ich die TU ins Leben gerufen haben, hatten wir die Vision, eine wirksame Kooperation zu schaffen. CWA würde die Beschäftigten in den USA organisieren und ver.di würde mit dem Management und mit Politikern in Deutschland arbeiten, um Arbeitnehmerbelange direkt an das Top-Management zu tragen.

► Wie wichtig ist die Petition?

Die Petition ist enorm wichtig. Die Unterschriften demonstrieren, dass die Beschäftigten in Deutschland verlangen, dass deutsche Unternehmen sich anständig verhalten – und zwar weltweit.

Lothar Schröder, ver.di-Bundesfachbereichsleiter



Foto: Kay Herschelmann

► Warum unterstützt ver.di die CWA beim Kampf bei T-Mobile US??

Weil es ein Skandal ist, wie die T-Mobile US, mit Duldung der deutschen Konzernführung, sich verhält. Weil wir nicht zulassen dürfen, dass unsere Kollegen in den USA in einem Klima der Angst unterdrückt werden und ihnen das Recht verweigert wird, sich im Betrieb zu organisieren. Und weil die Globalisierung es erforderlich macht, dass Arbeitnehmer sich solidarisch unterstützen, auch wenn der Atlantik sie trennt, gerade wenn sie in derselben Firma arbeiten. Es geht um grundlegende Menschen- und Gewerkschaftsrechte und die müssen überall auf der Welt gelten.

► **Frank Bsirske hat Angela Merkel angeschrieben. Was kann sie tun?** Die Bundesrepublik Deutschland ist größter Anteilseigner bei der Telekom. Die Bundesregierung hat mit der Ratifizierung der ILO-Normen auch die Verpflichtung übernommen, in den Firmen, in denen sie Einfluss hat – und die wiederum Niederlassungen im Ausland haben –, auf die Einhaltung der Vereinigungsfreiheit hinzuwirken.

► Warum weigert sich der Konzernvorstand?

Im Grunde geht's ums Geld, man sitzt offensichtlich dem Irrglauben auf, dass die Firma mehr wert hat, wenn man die Gewerkschaft draußen hält. Handlungsleitend sind bestimmt auch Machtfragen. Da geht es um Überordnung und Unterordnung. Man will keine Betriebsräte, wenn es das Gesetz nicht vorschreibt, man will keine gewerkschaftliche Stimme im Betrieb, wenn man sie verhindern kann. Man steht zum Management in den USA, auch wenn man sich in Deutschland für dessen Methoden schämen muss. Noch glaubt man, mit Ignoranz durch die öffentliche Kritik zu kommen.

► Wie siehst du die Partnerschaften?

Die Partnerschaften sind ein wichtiger Baustein in der Kampagne WE EXPECT BETTER. Es ist fantastisch, wie deutsche Beschäftigte sich engagieren und sich solidarisch zeigen. Wenn Kolleg/-innen in die USA reisen, um dort bei der Organisation zu helfen, drückt dies enormes Engagement aus. Dies findet auch weltweit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung Anerkennung.

► Warum sind deutsche Beschäftigte so solidarisch?

Nun, ich will nicht verhehlen, dass dies auch aus der Angst erfolgt, ähnliche Verhältnisse wie in den USA zu bekommen. Herrschen nach Gutsherrenart, das würde manch einem schon gefallen, obwohl wir das Verhältnis von Herr und Knecht längst abgeschafft haben.



Foto: Simone M. Neumann

Unterstützung für die Bundestagspetition vom DGB

Reiner Hoffmann (DGB-Vorsitzender).

Der DGB-Vorsitzende hat die Arbeitsrechtsverletzungen durch T-Mobile US gegenüber der Bundeskanzlerin angemahnt und auch mit dem US-Arbeitsminister über die Problematik gesprochen. Deshalb unterstützt Reiner Hoffmann die Petition.

Darum unterstütze ich die Bundestagspetition

Michael Sommer (ehem. DGB- und IGB-Vorsitzender):

„Ein Weltkonzern wie die Telekom, der zudem noch zu großen Teilen im Besitz der Bundesrepublik ist, darf mit dem Unterlaufen von Arbeitsstandards nicht durchkommen. Und das ist nur ein Grund, die Petition zu unterstützen!“



Foto: HC Plambeck

TU-Union: Gemeinsam zum Ziel

Im Jahr 2008 gründeten die Communications Workers of America (CWA) und ver.di die TU-Union (TU), die gemeinsame Gewerkschaft von CWA und ver.di in den USA.

Dies ist ein in der internationalen „Gewerkschaftswelt“ einmaliger Vorgang. Noch heute wird häufig gefragt: „Warum wurde das gemacht und welches Ziel hat denn TU?“. Die Antwort: Die TU soll eine Gewerkschaft von T-Mobile-Mitarbeitern sein, die in entsprechenden Tarifgemeinschaften in den Vereinigten Staaten vertreten sind.

Die TU hat sich zum Ziel gesetzt „der Belegschaft von T-Mobile USA Gehör zu verschaffen und deren Rechte zu schützen. Mitarbeiter der T-Mobile sollen einen Anteil daran haben, T-Mobile zu einem besseren Unternehmen für die Angestellten, die Kunden, und die Anteilseigner zu machen“, so die etwas

sperrige Beschreibung im Entwurf der Satzung, die im Jahr 2008 formuliert wurde.

Da das amerikanische Management jeden Kontakt mit der CWA meidet, Gespräche und Verhandlungen strikt verweigert, gab es zwischen der CWA und ver.di die Überlegung, eine aus der CWA und ver.di bestehende Organisation zu gründen. Nämlich die T-Union, so der Titel bei den Gründungsschritten.

Zu der Namensänderung gibt es eine kleine Anekdote: Als der damalige Konzernpersonalchef Thomas Sattelberger davon hörte, fuhr er gleich schweres Geschütz auf. Der

Buchstabe „T“ versehen mit einem Bindestrich sei ein geschützter Markenname, der hier nicht genutzt werden darf, argumentierte er in einem Brief an ver.di-Bundesfachbereichsleiter Lothar Schröder, verbunden mit dem Hinweis, bei Zuwiderhandlungen drohe eine Klage wegen „Markenrechtsverletzungen“. Offenbar hatte die Information der Gründung der TU der Telekom-Spitze ei-



nen gehörigen Schrecken eingejagt. Lothar Schröder schrieb an Sattelberger zurück und fragte, ob die Hersteller und Vertreiber von T-Shirts und Restaurants, die T-Bone Steaks auf der Speisekarte haben, auch mit einer Klage bedroht werden.

Leider gab es darauf keine Antwort. Um einem Rechtsstreit aus dem Weg zu gehen, auch in Verantwortung für gewerkschaftliches Geld der Mitglieder, wurde dann der Bindestrich hinter dem „T“ entfernt und TU-Union zum Namen gemacht.

Mit der TU sollten die Beschäftigten eine Plattform erhalten, um sich zu engagieren,

da es ja keine formelle gewerkschaftliche Anerkennung und damit auch keine Mitgliedschaft gibt. Außerdem – so die Überlegungen – können Vertreter von ver.di unter dem „Mantel“ TU Gespräche mit dem deutschen Management führen. Denn ihnen können von dem deutschen Management nicht einfach die Gespräche verweigert werden. Damals war T-Mobile US noch eine 100-pro-

zentige Tochter der Telekom. Heute ist T-Mobile US eine Aktiengesellschaft mit 64 Prozent Beteiligung der Telekom AG.

Für die Beschäftigten in den USA ist die TU ein Angebot sich zu betätigen, was gerne angenommen wurde. Zwischenzeitlich gibt es zahlreiche TU-Betriebsgruppen in den Call-Centern und Shops.

Auch die Partnerschaften zwischen den amerikanischen und deutschen Betrieben leben von der TU. Alle sind sich einig, dass dies ein wichtiger Teil in den Bestrebungen um gewerk-

schaftliche Anerkennung bei T-Mobile US ist. Nachdem eine Abstimmung in einem technischen Betrieb die Mehrheit für gewerkschaftliche Anerkennung brachte und in der Folge es zu Tarifverhandlungen kam, nahmen ver.di-Vertreter an den Verhandlungen für die TU teil. Dies war für alle eine völlig neue Erfahrung: Die Verhandlungsführer des Unternehmens legten in Anwesenheit der ver.di-Vertreter ein völlig anderes Verhalten an den Tag.

Fazit: TU lohnt sich und wird auch weiter ein wichtiger Baustein der Kampagne WE EXPECT BETTER sein. *Ado Wilhelm*

Darum unterstütze ich die Bundestagspetition

Jan Duschek (ver.di Jugend): „Die Einschüchterung von Beschäftigten, die sich bei T-Mobile für ihre Rechte einsetzen, muss aufhören. Mit der Petition wird die freie, unbehinderte Wahl einer Gewerkschaft in den US-Betrieben hoffentlich schnell Realität!“



Foto: Ronny Keller (kellerfotos.de)

Unterstützung für die Bundestagspetition vom ver.di-Fachbereich TK/IT

Jupp Bednarski (ver.di-Bundesfachbereichsvorstand TK/IT).

Die fortwährenden Angriffe auf Arbeitnehmerrechte im US-Unternehmen T-Mobile sind Jupp Bednarski schon lange ein Dorn im Auge. Die Petition hat er unterschrieben, um den Telekomvorstand auch auf diesem Weg in die Pflicht zu nehmen.



Foto: Norbert Ilttermann

Die Opfer der Gewerkschaftszerschlagung

Gewerkschaftsengagement bei T-Mobile ist eine mutige Angelegenheit. T-Mobile macht kein Hehl aus ihrer Ablehnung von Gewerkschaften. Dies macht das Unternehmen bereits in den Trainingsklassen für Neueingestellte deutlich – und auch in seiner Praxis: Beschäftigte, die Flugblätter annehmen, werden fotografiert; Beschäftigte, die sich aktiv engagieren, werden gegängelt, schikaniert, abgemahnt und sogar gekündigt.



Fotos: tuworkers

Jerrica Croxson, Wichita, Kansas: „Ich arbeite seit drei Jahren bei T-Mobile und bin mittlerweile Senior Agent. Seitdem bekannt ist, dass ich die Gewerkschaft unterstütze, kommt es mir vor, als hätte ich eine Zielscheibe auf meinem Hinterkopf. Neulich wurde ich abgemahnt, weil meine Vorgesetzte gesehen hat, dass ich mit Gewerkschaftern gesprochen hatte. Ich wurde nach Hause geschickt und musste dem Management am nächsten Tag einen Aktionsplan präsentieren, mit einer Begründung, warum ich es verdient hätte, weiterhin bei T-Mobile zu arbeiten. Das war eine sehr beschämende Erfahrung. Egal, wie beliebt man ist oder wie hoch man aufgestiegen ist, T-Mobile wird dich verfolgen, wenn sie glauben, dass du die Gewerkschaft unterstützt.“



Amber Diaz, Albuquerque, New Mexico: „Ich war acht Jahre bei T-Mobile beschäftigt. Nachdem ich mich offen zur Gewerkschaft bekannte, habe ich gemerkt, dass meine Teamleiterin mich auf einmal auf dem Kieker hatte. Sie versuchte mich zu überzeugen, dass die Gewerkschaft doch nur an Mitgliedsbeiträgen interessiert sei und zeigte mir sogar eine Auflistung, wie viel Lebensmittel ich im Jahr kaufen könnte, anstatt Mitgliedsbeiträge zu bezahlen. Als sie merkte, dass sie mich nicht überzeugen konnte, bekam ich auf einmal für jede Kleinigkeit Ärger. Eines Tages wurde ich krank und als der Arzt die Krankschreibung zwei Tage zu spät an T-Mobile faxte, wurde ich gekündigt. Normalerweise wird man bei T-Mobile nicht für solche Kleinigkeiten rausgeschmissen. Aber es war klar, dass es eigentlich um etwas anderes ging.“



Adrian Dominguez, New York: „Ich arbeite in einem MetroPCS Shop in Harlem. Meine sieben Kolleg/-innen und ich litten sehr darunter, dass unser Manager die Schichten so verteilte, dass es vielen von uns nicht möglich war, Zeit mit unseren Familien zu verbringen. Als alle Versuche, dies in Einvernehmen zu klären, scheiterten, entschlossen wir uns im Jahr 2012 eine Gewerkschaft zu gründen. Auf einmal brach ein Riesensturm bei uns im Betrieb aus! Unsere Manager zwangen Einzelne von uns täglich an stundenlangen Sitzungen im Keller teilzunehmen, in denen sie uns bedrohten, Versprechungen machten und erzählten, wie schlecht und korrupt die Gewerkschaft sei. Die Vizechefin der Personalabteilung der Konzernzentrale reiste eigens an und nahm wochenlang an diesen Sitzungen teil, um uns einzuschüchtern. Sogar John Legere, der CEO von T-Mobile schaute im Shop vorbei! Doch wir hielten zusammen, und ließen uns nicht einschüchtern – und heute haben wir einen Tarifvertrag und sind stolze Gewerkschaftsmitglieder und das Management kann uns nicht mehr herumschubsen.“



Josh Coleman, Wichita, Kansas: „Ich war vier Jahre bei T-Mobile im Kundenservice tätig. Ich war einer der Top-Performer, nicht nur bei mir im Call-Center, sondern sogar einer der 50 Besten im ganzen Land! Ich bekam Auszeichnungen und einmal gewann ich sogar eine Reise nach Puerto Rico für meine guten Leistungen. Als ich jedoch mit einem Gewerkschaftsshirt auf der Arbeit erschien, änderte sich alles. Sie nahmen mir aus fadenscheinigen Gründen die Reise nach Puerto Rico weg und plötzlich wurde ich ständig kritisiert, dass meine Arbeit nicht gut sei. Kurz nachdem ich am Rande einer Kundgebung über Gewerkschaftsrechte bei T-Mobile vom Lokalfernsehen interviewt wurde, wurde ich gekündigt. Ich legte Beschwerde ein und das Ganze ging vor Gericht. Während des Verfahrens sagten meine Teamleiter aus, dass sie ständig nach Gründen gesucht hätten, um mich kündigen zu können. Als sie nichts finden konnten, dachten sie sich Regeln aus, und warfen mir vor, dass ich gegen diese Regeln, die mir nicht bekannt waren, die nirgends aufgelistet waren, verstoßen hätte. Deswegen müsste ich meine Sachen packen und gehen.“

Impressum:

KOMM extra

Herausgeber:

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bundesvorstand: Frank Bsirske;
Lothar Schröder, Fachbereich TK/IT;
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Telefon: 0 30/69 56-0,
Internet: <http://tk-it.verdi.de>

Redaktion:

Ado Wilhelm, Silke Leuckfeld

E-Mail: redaktion.komm@verdi.de

Gesamtherstellung:

alpha print medien AG, Darmstadt

Auflage: 50 000

ver.di-Gewerkschaftsrat unterstützt die Bundestagspetition

Monika Brandl (verdi Gewerkschaftsrat).

Als langjährige Betriebsrätin der Telekom kennt Monika Brandl das Unternehmen als harten Verhandlungspartner in Tarifrunden, aber auch als Sozialpartner, mit dem die Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft Übereinkünfte erzielen. In der nahezu rechtlosen Situation der Beschäftigten der T-Mobile US sieht die Vorsitzende des ver.di-Gewerkschaftsrats die Gefahr, dass Vieles von dem, was wir in Deutschland erreicht haben, in Frage gestellt wird. Die Beschäftigten des Weltunternehmens Telekom stehen gemeinsam für ihre Rechte ein, denn die Arbeitnehmer/-innen-Rechte haben wir noch nie geschenkt bekommen.

Behinderung von Gewerkschaften stoppen – Was tun?

Petition an den Deutschen Bundestag

Anstatt die Kultur der Mitbestimmung als Exportschlager zu begreifen, lässt die Telekom es zu, dass das Management in den USA die Beschäftigten einschüchtert, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren wollen. Wer seine Stimme im Betrieb organisieren will, lebt in Angst um seinen Arbeitsplatz.

Standards einfordern – Einfluss geltend machen

Die Deutsche Telekom verweist immer mit Stolz auf die internen Regelwerke wie den Code of Conduct und die Guiding Principals (Leitlinien) der Sozial-Charta, gegen die allerdings im Ausland ständig mit Wissen und Duldung der Konzernspitze verstoßen wird. Das muss sich ändern. Es kann nicht angehen, dass ein Unternehmen wie die Telekom, die zu 31 Prozent im Besitz der Bundesrepublik Deutschland ist, im Ausland vergisst, dass Beschäftigten mit Anstand, Fairness und Respekt begegnet werden muss.

Die Petition für die Wahrung von Arbeitnehmerrechten – Mitzeichnen!

Mit einer Petition an den Bundestag wollen wir erwirken, dass die Bundesregierung ihren Einfluss als Anteilseigner geltend macht und kontrolliert, dass in den ausländischen Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen der Telekom die international geltenden Arbeitnehmerrechte zur Anwendung kommen und die Diskriminierung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern beendet wird.

Telekom zur Verantwortung rufen – 50 000 für eine Anhörung im Bundestag

Wir wollen von der Bundesregierung wissen, ob und wie sie dafür sorgen will, dass internationale Standards durch die Telekom eingehalten werden und wollen hören, wie die Regierung auf die Telekom zugehen wird. Damit die Antwort viele hören können, streben wir eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss an. Die Regeln des Petitionsausschusses sehen dafür ein Quorum von 50 000 gezeichneten Petitionen vor.

Bitte unterstützen Sie die US-Kolleg/-innen und zeichnen Sie die Petition. Bitten Sie auch Ihre Kolleg/-innen, Ihre Freund/-innen, die Petition ebenfalls zu zeichnen. Eine Online-Zeichnung (s. Infokasten) ist unter www.telekompetition.de bis 11. August 2015 möglich. Danach endet die vierwöchige Zeichnungsphase und die Petition wird dem Ausschuss zugleitet.

Eine Zeichnung auf Papier ist möglich: Dafür stehen auf dieser Internetseite Sammel Listen zum Download bereit. Bitte schicken Sie die ausgefüllten Listen an: verdi, FB 9, Stichwort: Petition, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Die Listen müssen am 3. August 2015 bei verdi eingegangen sein, damit sie fristgerecht beim Petitionsausschuss abgegeben und bei der Zählung berücksichtigt werden können.

Frank Bsirske (ver.di-Vorsitzender, siehe Interview auf Seite 8) hat gemeinsam mit der Kampagne WE EXPECT BETTER die Petition auf den Weg gebracht und beim Petitionsausschuss des Bundestags eingereicht. Die Petition fordert die Bundes-

regierung dazu auf, dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmerrechte und internationale Arbeitsstandards (ILO/OECD) bei ausländischen Tochterunternehmen und Beteiligungen der Deutschen Telekom eingehalten werden.

Online-Zeichnung der Petition:

Jede und jeder kann die Petition zeichnen. Das geht ganz einfach und dauert nicht länger als ein, zwei Minuten:

➤ www.telekompetition.de – von dort werden Sie direkt auf die Seite des Deutschen Bundestags geleitet, auf der die E-Petitionen mitgezeichnet werden können. Wer die Petition auf der Seite des Bundestags zeichnen möchte, muss sich dort anmelden.

Neues Konto einrichten und Petition zeichnen: Dem Link „Ich bin neu hier“ folgen und Name, Adresse und E-Mail eingeben, Passwort wählen und abschicken. Wer möchte kann für die Diskussion im Online-Forum ein Pseudonym wählen. Nach der Anmeldung erhalten Sie kurz darauf eine Mail mit einem Link und werden gebeten, die Anmeldung zu bestätigen. Der Link führt dann direkt zum Petitions-Forum des Bundestags, wo Sie die Telekom-Petition sofort mitzeichnen können.

Bestehendes Konto und Petition zeichnen: Wer bereits über ein Konto bei der Petitionsseite des Bundestags verfügt, kann gleich loslegen. Petitionsseite aufrufen, einloggen, Petition zeichnen und fertig! Danke!

Passwort vergessen? Falls Ihnen Ihr Passwort nicht einfällt, einfach auf der Seite anfordern. Es wird an die E-Mail-Adresse zugeschickt, mit der Sie sich angemeldet haben.



Foto: Christoph Heil

Die Geschichte

Historie: Wie aus Voicestream T-Mobile US wurde

Im Juli 2000 kündigte der damalige Telekom-Vorstandsvorsitzende Ron Sommer an, den amerikanischen Mobilfunkbetreiber Voicestream für 50,7 Milliarden Dollar, damals rund 106 Millionen D-Mark erwerben zu wollen. Im Juni 2001 konnte er Vollzug melden. In dem fast ein Jahr andauernden Verkaufsprozess gab es erhebliche Widerstände zu überwinden, von Verbänden, Lobbyisten, Wirtschaftsvereinigungen und nicht zuletzt auch aus der amerikanischen Politik. Ein Unternehmen wie die Deutsche Telekom, das sich zum großen Teilen im Besitz der Bundesrepublik Deutschland befand, sollte Voicestream nicht erwerben dürfen.

Auch in Deutschland war der Widerstand nicht gerade gering. So viel Geld im Ausland zu investieren, bedeute auch große Risiken für die Telekom. Hier würde das Geld schließlich fehlen, wurde argumentiert. Viele Kritiker sahen auch Gefahren für deutsche Arbeitsplätze. Die amerikanische Communications Workers of America (CWA) glaubte, ein Unternehmen, das in Deutschland eine vermeintlich gute Sozialpartnerschaft mit Betriebsräten und der Gewerkschaft führt, werde sich auch in den USA „anständig“ verhalten. Ein riesiger Irrtum wie man später erfahren musste. Die CWA unterstützte den Deal und ebnete maßgeblich den Weg, um die Widerstände in den USA zu überwinden. Zu dieser Zeit gab es viele direkte Kontakte und Gespräche zwischen der CWA und Ron Sommer, sowie weiteren Spitzenmanagern des Unternehmens in den USA und auch in Deutschland. Als aber der Kauf genehmigt war, brach über Nacht jeder Kontakt ab. So erlebte die CWA die Geschichte der T-Mobile US und deren deutschen Eigentümer. Als im Jahr 2011 der Verkauf der T-Mobile an AT&T erfolgen sollte, erlebte die CWA ein Déjà-vu: Die Verträge waren fertig, nur die Kartellbehörde musste noch zustimmen, und alle möglichen Gruppen wollten den Verkauf torpedieren. Wieder sollte die CWA helfen, was sie auch wieder tat, verbunden mit der Hoffnung, AT&T behandle die Beschäftigten besser als dies unter dem Dach der Telekom geschieht. Während bisher jeder Kontakt mit der CWA verweigert wurde, ging es plötzlich: René Obermann und CWA-Präsident Larry Cohen trafen sich mehrfach persönlich. Auch andere hochrangige Telekom-Manager scheuten plötzlich nicht mehr den Kontakt. Dann wurde der Verkauf nicht genehmigt, und – ach, wie bekannt kommt einem das denn vor – weitere Gespräche mit der CWA verweigert. So ist der Stand noch heute.

Ado Wilhelm



TU-Partnerschaften

In Betriebspartnerschaften findet internationale Solidarität ganz praktisch als Austausch von verdi- und CWA/TU-Mitgliedern statt. Beschäftigte aus Call-Centern und Shops der T-Mobile in den USA und der Telekom in Deutschland tauschen sich über Arbeitnehmerbelange und Interessenvertretung am Arbeitsplatz aus. Im Zentrum steht die gewerkschaftliche Organisation in den USA und was man tun kann, angesichts des Umstands, dass T-Mobile US gewerkschaftlich Aktive diskriminiert und behindert. Gemeinsam planen die TU-Partner Aktionen, mit denen der Kampf um eine Stimme in den T-Mobile-Betrieben in den USA unterstützt wird. Ein konkretes Ergebnis: der „TU-Partnerschaftskalender 2015“, der die Arbeitssituation bei T-Mobile und der Deutschen Telekom vergleicht.





Das Urteil

Die US-Arbeitsbehörde National Labor Relations Board (NLRB), die höchste amerikanische Instanz für Arbeitsrechtsfragen, hat eine richtungsweisende und somit enorm wichtige Entscheidung getroffen.

In einem Verfahren, in dem mehrere Klagen zusammengefasst wurden – ein für die USA-Gerichtsbarkeit ungewöhnlicher Vorgang – wurde T-Mobile in elf von 13 Anklagepunkten schuldig befunden, gegen das Arbeitsrecht verstoßen zu haben. Ebenfalls ungewöhnlich ist, dass die amerikanischen Medien sehr breit über die Entscheidung informierten.

T-Mobile wurden systematische Verstöße gegen das Arbeitsrecht vorgeworfen. Dabei ging es unter anderem um die Redefreiheit der Beschäftigten und dass sie dabei behindert wurden, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Die gerichtliche Anordnung, die Beschäftigten über die Entscheidung durch Aushang und per Mail zu informieren, wurde vom Unternehmen bisher nicht umgesetzt. Da wird es jetzt wohl weitere gerichtliche Bemühungen geben müssen. Auch wurde zwischenzeitlich bekannt, dass T-Mobile gegen einzelne Punkte der Entscheidung Einspruch eingelegt hat.

A. Wi

System Krankmeldung: Protest bringt erste Veränderungen bei T-Mobile US

Viele Regeln im System T-Mobile sind schwer durchschaubar. So auch das Prozedere und die Grundlagen für Krankmeldungen. Es gibt pro Betrieb einen „Topf“ mit Stunden, die für Krankmeldungen genutzt werden können.

Meldet sich ein Beschäftigter krank, kann es sein, dass die Krankmeldung nicht genehmigt wird. Um keine Abmahnung zu erhalten, gehen viele daher trotz Krankheit zur Arbeit und riskieren ihre Gesundheit – und die ihrer Kolleg/-innen! Gemeinsam mit der TU/CWA brachten die Beschäftigten Kritik an diesem unfairen System vor. Mediale Aufmerksamkeit erlangte ein Bericht, in dem Arbeitszeitprobleme berufstätiger Frauen untersucht wurden. Eine T-Mobile-Beschäftigte wurde zitiert, die über ihre Schwierigkeiten sprach, Familie und Arbeit unter einen Hut zu bringen. Kurz darauf kündigte T-Mobile an, dass der Prozess der Freistellung vereinfacht werden würde! Etwas später wurde ein Modell für Elternteilzeit angekündigt.

„Es ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagt Ashely Charzuk, T-Mobile-Kundendienstmitarbeiterin aus Albuquerque. Doch es bleibt unübersichtlich. Im Zeitraum von nur wenigen Wochen führte das Unternehmen verschiedene Regelungen zur Krankmeldung ein, um sie kurz darauf wieder zu verändern. Die Beschäftigten wissen bei dem Hin und Her oft nicht, woran sie sind und sind verunsichert. Eins hat sich dennoch gezeigt: Gemeinsamer Protest bringt Verbesserungen für Beschäftigte.

„Das muss Konsequenzen haben“

Interview mit Frank Bsirske, Vorsitzender ver.di



Foto: Kay Herschelmann

► *Warum ist es dir persönlich wichtig, dich für WE EXPECT BETTER zu engagieren?*

Frank Bsirske: Menschenwürde ist unteilbar und stets und überall zu verteidigen. Das treibt mich an. Die Verteidigung von Arbeitnehmerrechten endet nicht an der eigenen Haustür, am Betriebseingang oder an der Landesgrenze. Als Gewerkschafter in Deutschland will ich nicht zusehen, wie Kolleg/-innen im Ausland gegängelt und ihnen ihre Rechte vorenthalten werden, ohne dass der Mehrheitseigentümer Telekom eingreift. Wir können da nicht an Staatsgrenzen halt machen, die Unternehmen tun das schließlich auch nicht. Wir müssen allerorts für das Recht auf Vereinigungsfreiheit eintreten, denn der Umgang wie bei T-Mobile darf sich nirgendwo durchsetzen oder gar als Normalität hingenommen werden.

► *Die Telekom verweist darauf, dass das US-Unternehmen unabhängig sei und der Telekom-Vorstand keinen Einfluss nehmen kann. Wie bewertest du diese Haltung?*

Frank Bsirske: Wenn man sich öffentliche Äußerungen des Telekom-Vorstands zu den Geschäftserfolgen der T-Mobile ansieht und dann die zu den Gerichtsverfahren, dann klingt das alles wenig überzeugend. Das ist fast schizophren. Das Unternehmen feiert die US-Beteiligungsgesellschaft, aber wenn es um die Verfehlungen und Gesetzesverstöße des US-Managements geht, T-Mobile wurde ja in den USA verurteilt, weil es gegen elementare Arbeitnehmerrechte verstößt, dann klingt es aus Bonn wie das sprichwört-

liche Pfeifen im Walde. Das ist grotesk und kann nicht folgenlos bleiben. Es kann nicht angehen, dass ein deutsches Unternehmen, anstatt die Kultur der Mitbestimmung als Exportschlager zu begreifen, es zulässt, dass das Management des US-Betriebs sogar die vergleichsweise schwache Arbeitsgesetzgebung der USA noch unterläuft und gegen die Beschäftigten einsetzt.

► *Ist das der Kontext, in dem du im Rahmen der Kampagne WE EXPECT BETTER eine Petition an den Deutschen Bundestag auf den Weg gebracht hast?*

Frank Bsirske: Genau, die Bundesregierung ist der größte Anteilseigner der Deutschen Telekom. Dass das mit Pflichten verbunden ist, definiert schon das Grundgesetz. Im Zusammenhang von Unternehmensbeteiligungen ist die Bundesregierung zusätzlich durch eine Reihe internationaler Abkommen, denen sie beigetreten ist, dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmerrechte gewahrt werden. Mit der Petition fordern wir die Bundesregierung dazu auf, dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmerrechte und internationale Arbeitsstandards (ILO/OECD) bei ausländischen Tochterunternehmen und Beteiligungen der Deutschen Telekom eingehalten werden. Die Bundesregierung soll ihren Einfluss als Anteilseigner geltend machen und kontrollieren, dass in den ausländischen Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen der DTAG die international geltenden Arbeitnehmerrechte zur Anwendung kommen und die Diskriminierung von Gewerkschaftern beendet wird. Die Bundesregierung ist hier ganz klar in der Pflicht.

► *Welche Unterstützung kommt vom DGB? Was tun die internationalen Gewerkschaftsverbände?*

Frank Bsirske: Der DGB ist auf vielerlei Weise eine große Stütze, insbesondere der Vorsitzende Reiner Hoffmann, der wie schon sein Vorgänger Michael Sommer sich dieser Problematik angenommen hat. Der DGB unterstützt die Petition zur Wahrung von Arbeitnehmerrechten und ruft seine Mitgliedsge-

werkschaften zur Teilnahme auf. Und im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel hat Reiner Hoffmann die Angelegenheit gegenüber der Bundeskanzlerin thematisiert und sie gefragt, wie sie es vereinbaren kann, zu fordern, dass die OECD-Richtlinien gestärkt werden und zugleich als Miteigentümerin an der Deutschen Telekom die Richtlinien nicht aktiv wahrzunehmen. Es ist sehr wichtig, dass der DGB das Thema weiterträgt. Ja, und der Internationale Gewerkschaftsbund hat die Arbeitsrechtsverstöße im Beteiligungsunternehmen der Telekom in den Mittelpunkt gestellt. T-Mobile, die Telekom und die Verantwortung der Bundesregierung werden global thematisiert. Auch der internationale Dachverband der Dienstleistungsgewerkschaften, UNI Global Union, hat die T-Mobile und die Umsetzung der Prinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die die Vereinten Nationen (VN/UN) zum Schutz von Arbeitnehmern entwickelt haben, auf seiner Tagesordnung. Beide Organisationen wollen, dass die Bundesregierung ihre Verantwortung als Miteigentümer wahrnimmt wie sie die UN-Prinzipien vorsehen.

► *Warum ist es für eine deutsche Gewerkschaft sinnvoll, Belegschaften anderer Länder zu unterstützen?*

Frank Bsirske: Angesichts der fortschreitenden Ausbreitung und Ausdehnung von Unternehmen auf der ganzen Welt braucht es Interessenvertretung von Belegschaften, die miteinander für eine Stimme in den Betrieben eintritt. In Deutschland wie in den USA oder Europa. Die großen Konzernstrukturen gehen schon lange über Ländergrenzen hinweg, das macht es so schwierig, sie auf die Einhaltung von internationalen Vereinbarungen zu verpflichten.

Global organisierten Unternehmen muss die Gewerkschaftsbewegung global organisiert antworten. Die Zusammenarbeit von CWA und ver.di verfolgt das schon seit einigen Jahren. Klar, wir haben es da viel schwerer als die Unternehmen, keine Frage, aber wir haben die richtigen Ziele – und unsere Solidarität! Mit Unterstützung von UNI Global Union und IGB haben wir die Chance genutzt, uns zusammen zu organisieren.